

Die Abnahme des Preises... Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zahlung im Haus für Groß-Verkauf 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postgebühren nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen besagen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Saluto-Ausschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Verkauft in: Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltigen Anzeigen... Die achtspaltigen Anzeigen über deren Raum keine 4,- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisprophet: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4603, 4635, 4649, 4921

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die drohende Hungertatastrophe

### Ablieferungstreik der Landwirte — Fehlbetrag an Getreide für sechs Monate — Täuschungsversuche der Regierung

Die von der bürgerlichen Regierung gewaltsam herbeigeführte freie Wirtschaft mit Kartoffeln und Fleisch, die Freigabe der Einfuhr für eine ganze Reihe anderer Erzeugnisse hat zum

#### Zusammenbruch unserer Ernährung

geführt. Insbesondere zum Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung. Die Ernährungsaussichten sind daher gegenwärtig schlimmer als zu irgend einer anderen Zeit während und nach dem Kriege. Monatlang hat die von jeglichem Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit freie Regierung diese Tatsachen mit frecher Stirn geleugnet, alle Tatsachen schroff in Abrede gestellt. Jetzt aber, wo der Zusammenbruch unmittelbar vor der Tür steht, muß auch sie die von uns stets behaupteten Tatsachen richtig anerkennen, obwohl sie auch jetzt noch nicht die gesangenen Anstalten macht, die Schritte zu tun, die allein das drohende Unheil, das fürchterliches Elend über Millionen Menschen herbeiführen wird, abwenden können.

Die Ablieferung an Brotgetreide ist seit Wochen außerordentlich gering. Sie beträgt nur einen Bruchteil derjenigen Menge, die noch im vergangenen Jahre abgeliefert wurde. Die Frühbrüche, dieses Geschenk an die Landwirte, hat, wie wir damals vorausgesagt haben, nicht die geringste Besserung herbeigeführt.

#### Ermahnungen an die Landwirte haben nichts geschadet.

Seit Uebersichtskreisen, deren Ernte in früheren Jahren zur Versorgung der Bedarfsliste gedient hat, verfügen jetzt über so wenig Getreide, daß sie von der Reichsgetreidekasse versorgt werden sollen. Der Schleichhandel blüht, die Verfüttung an das Vieh wegen der hohen Preise für Fleisch wächst ins Riesenhafte. Die Landwirte lassen ihr Vieh nicht verzehren, erklären neulich der Agrarierführer Koeslke im Haushaltsausschuß des Reichstags. Dafür aber die Menschen, bei denen man nicht fragt, ob sie auch das Stückchen trockene Brot haben, das sie zum Stillen ihres Hungers gebrauchen.

Im Reichstag haben Montag auf Einladung des Reichsministers gegen Ernährung und für Landwirtschaft Verhandlungen mit den Vertretern sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen stattgefunden. In diesen Besprechungen mußte der Reichsminister Dr. Hermes all die verhängnisvollen Wirkungen seiner Politik angeben, die er bisher mit eiserner Stirn abgestritten hatte. Er erklärte: Die Ablieferung an Brotgetreide sei unvorhältnismäßig gering.

Ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe suchte sich, von dem schrankenlosen Streben nach Gewinn ergriffen, der Ablieferungspflicht zu entziehen,

das Getreide entweder zu höheren Preisen im Schleichhandel abzugeben oder durch Verfütterung an Tiere gewinnbringender zu verwerten. Das Reich könne die Last der dadurch nötiger zu werdenden gewaltigen Einfuhr nicht tragen. Der Zusammenbruch der Finanzwirtschaft des Reiches, zu dem eine Fortsetzung der gegenwärtigen Politik mit Sicherheit führen würde, der gegen jeden einzelnen Angehörigen des Reiches. Das Streben nach freier Wirtschaft müsse eine Grenze in den Notwendigkeiten des Volksganzen finden.

Die darin zur Schau getragene Sorge um die Allgemeinheit ist eitel Heuchelei. Denn die Maßnahmen der jetzigen Regierung haben erst den Zusammenbruch und die unerträglichen Gefahren für die Allgemeinheit und für des Reiches Finanzen heraufbeschworen. Aber selbst in diesem Augenblick der höchsten Gefahr werden nicht die Mittel zur Abwendung angewendet, die allein eine Besserung versprechen können.

Die in Aussicht gestellten gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers sind ein Feigenblatt. Sie werden wirkungslos bleiben, weil gerade die ablieferungstreikenden Landwirte durch diese gesetzlichen Bestimmungen nicht getroffen werden, denn nur der „vorsätzliche“ Schleichhandel soll mit Zuchthaus bestraft werden. Herr Hermes hat sich auch beeilt, in seiner Rede zu versichern, daß sich seine Aktion nicht gegen die Landwirtschaft als solche richte. Es bedarf dieser Versicherung nicht, das deutsche Volk weiß, daß er ein Minister für die Landwirtschaft und gegen die Ernährung ist.

Aus den in dieser Sitzung erstateten Angaben über die Erfassung an Brotgetreide geht hervor, daß ein Fehlbetrag von mehr als 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide vorhanden ist. Das ist der Bedarf für mindestens sechs Monate. Eine Million Tonnen Auslandsgetreide ist bisher gekauft worden, für den Rest stehen aber keine Mittel zur Verfügung.

Kattlos steht die Regierung vor dem Trümmerhaufen ihrer Politik, wegen des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und der alles beherrschenden Agrarier, der Industriellen und des Handels auch nicht fähig, irgend eine wirklich erfolgversprechende Maßnahme zur Abwendung der drohenden Hungertatastrophe zu ergreifen. Genau so wie neulich die bürgerlichen Parteien im Haushaltsausschuß des Reichstags den Antrag der sozialistischen Parteien abgelehnt haben, die Landwirte gemeinsam haftbar zu machen, um die Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen zu erzwingen, verlegte sich auch jetzt wieder die Regierung auf untertänige Bitten an die Einsicht und das Wohlwollen der Landwirte.

Diese Methode hat aber bereits Schiffbruch erlitten.

Denn diese Ermahnungen haben bisher auch nicht ein einziges Korn mehr zur Ablieferung gebracht. Und wenn deshalb in einer Entschliessung, die die Versammlung am Montag gefaßt hat, als einziges Mittel zur Abwendung der Katastrophe die Auffklärung beschloffen wurde, so ist das das Eingeständnis völligen Bankrotts der Politik der Regierung.

Aber mehr noch: Diese Anpreisung der Auffklärung als eines erfolgversprechenden Mittels ist ein Täuschungsversuch, der die Massen davon ablenken soll, daß die Mittel des kapitalistischen Klassenstaates gegenüber den über die Produktionsmittel verfügenden landwirtschaftlichen Unternehmern vollkommen versagt haben, daß die Regierung nur stark ist im Kampf gegen die Arbeiter, aber schwach im Kampf gegen diejenigen, die durch ihre gewissenlose Handlungsweise, durch die rücksichtslose Durchsetzung ihres Gewinnstrebens nicht nur den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens verhindern, sondern auch die Hungertatastrophe für Millionen arbeitsamer Menschen herbeiführen.

#### Im Unterhause teilte Sir Short mit, daß die Brände in Liverpool ohne Zweifel das Ergebnis einer organisierten Verleumdung seien, bei der die Sinnfeiner die Hand im Spiele hätten. Die Polizei habe alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, über die öffentlich aber nichts mitgeteilt werden solle. Short erklärte, daß er hierüber eine Unterredung mit dem Polizeipräsidenten gehabt habe. Auf Grund dieser Unterredung werden beide Häuser des Parlaments für das Publikum geschlossen werden. Gestern blieben dann auch alle Tribünen, mit Ausnahme der Presstribüne, leer. Die Parlamentsgebäude werden stark bewacht. Ebenso steht bewaffnete Polizei vor allen Ministerien und den Privatwohnungen der Minister.

Im Unterhause teilte Sir Short mit, daß die Brände in Liverpool ohne Zweifel das Ergebnis einer organisierten Verleumdung seien, bei der die Sinnfeiner die Hand im Spiele hätten. Die Polizei habe alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, über die öffentlich aber nichts mitgeteilt werden solle. Short erklärte, daß er hierüber eine Unterredung mit dem Polizeipräsidenten gehabt habe. Auf Grund dieser Unterredung werden beide Häuser des Parlaments für das Publikum geschlossen werden. Gestern blieben dann auch alle Tribünen, mit Ausnahme der Presstribüne, leer. Die Parlamentsgebäude werden stark bewacht. Ebenso steht bewaffnete Polizei vor allen Ministerien und den Privatwohnungen der Minister.

Im Unterhause teilte Sir Short mit, daß die Brände in Liverpool ohne Zweifel das Ergebnis einer organisierten Verleumdung seien, bei der die Sinnfeiner die Hand im Spiele hätten. Die Polizei habe alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, über die öffentlich aber nichts mitgeteilt werden solle. Short erklärte, daß er hierüber eine Unterredung mit dem Polizeipräsidenten gehabt habe. Auf Grund dieser Unterredung werden beide Häuser des Parlaments für das Publikum geschlossen werden. Gestern blieben dann auch alle Tribünen, mit Ausnahme der Presstribüne, leer. Die Parlamentsgebäude werden stark bewacht. Ebenso steht bewaffnete Polizei vor allen Ministerien und den Privatwohnungen der Minister.

Im Unterhause teilte Sir Short mit, daß die Brände in Liverpool ohne Zweifel das Ergebnis einer organisierten Verleumdung seien, bei der die Sinnfeiner die Hand im Spiele hätten. Die Polizei habe alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, über die öffentlich aber nichts mitgeteilt werden solle. Short erklärte, daß er hierüber eine Unterredung mit dem Polizeipräsidenten gehabt habe. Auf Grund dieser Unterredung werden beide Häuser des Parlaments für das Publikum geschlossen werden. Gestern blieben dann auch alle Tribünen, mit Ausnahme der Presstribüne, leer. Die Parlamentsgebäude werden stark bewacht. Ebenso steht bewaffnete Polizei vor allen Ministerien und den Privatwohnungen der Minister.

#### Die irische Bürgerkrieg

Die Vorsichtsmaßnahmen der englischen Regierung  
London, 29. November.

Gestern Abend fielen zwei mit 17 englischen Polizisten besetzte Kraftwagen in der Nähe von Kilmichael in der Grafschaft Cork in einen Hinterhalt. Fünfzehn Polizisten wurden getötet und zwei verwundet. Die Kraftwagen wurden von den Angreifern, deren Zahl 100 betrug, in Brand gesteckt. Die Waffen und der Schießbedarf wurden von ihnen weggeführt. Kardinal Logue in Irland verurteilt in einem Hirtenbrief die Dubliner Offiziersmorde, erklärt jedoch, durch das bei dem Fußballspiel vor den Regierungstruppen angerichtete Blutbad habe sich die Waage zu deren Ungunsten geneigt.

In Dublin sind seit dem letzten Sonnabend wieder acht Tüden geblendet worden. Der Schaden beläuft sich etwa auf 200 000 Pfund Sterling. Bei dem Brand in Liverpool, der nur mit größter Anstrengung gelöscht werden konnte, sind etwa 13 000 Ballen Baumwolle verbrannt, deren Wert sich auf Millionen beläuft. Die Stadt ist von der Polizei eingeschlossen. Die Verbindung mit der Außenwelt ist unterbrochen. „Daily Mail“ schreibt, daß die vor Downingstreet errichteten Barrikaden nicht nur zum Schutz gegen die Sinnfeiner, sondern auch gegen die Arbeitslosen errichtet seien, von denen man während des kommenden Winters Unruhen befürchtet.

Im Unterhause teilte Sir Short mit, daß die Brände in Liverpool ohne Zweifel das Ergebnis einer organisierten Verleumdung seien, bei der die Sinnfeiner die Hand im Spiele hätten. Die Polizei habe alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, über die öffentlich aber nichts mitgeteilt werden solle. Short erklärte, daß er hierüber eine Unterredung mit dem Polizeipräsidenten gehabt habe. Auf Grund dieser Unterredung werden beide Häuser des Parlaments für das Publikum geschlossen werden. Gestern blieben dann auch alle Tribünen, mit Ausnahme der Presstribüne, leer. Die Parlamentsgebäude werden stark bewacht. Ebenso steht bewaffnete Polizei vor allen Ministerien und den Privatwohnungen der Minister.

#### Eisenbahnerstreik in Norwegen

Christiania, 29. November.

Die Eisenbahner in Norwegen stehen in einer Lohnbewegung. Im Storting wurde den Eisenbahnangestellten anheimgegeben, den Streik anzusehen, um die Vorschläge einer für die Lösung der Gehaltsfrage eingesetzten Kommission abzuwarten. Ein Antrag des Abgeordneten Pion auf Erhöhung der niedrigsten Löhne auf sechshundert Kronen, wurde mit 105 gegen 17 Stimmen verworfen. Daraus wurde der Vorschlag der genannten Kommission mit 119 gegen drei Stimmen angenommen. Im Augenblick kann daher der Streik als sicher angesehen werden.

## Regierungs-Schwergeburt in Sachsen

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Die Regierungsbildung in Sachsen ist noch keinen Schritt weiter gekommen. Die Lage ist noch so ungeläutert, daß keinerlei Prophezeiungen gestattet sind. In der schwierigsten Situation befinden sich unverkennbar die Rechtssozialisten. Sie haben in den letzten Tagen mit dem Berliner Gesamtverband ihrer Partei Verhandlungen gepflogen, ohne dabei über die einzuschlagende Taktik ins Reine gekommen zu sein. Die Stellung der U. S. P. Sachsens hat es den Rechtssozialisten sehr erschwert, leichtfertig über die Möglichkeiten zur Bildung einer sozialistischen Landesregierung hinwegzuschreiten und nach bekannten Rezepten zu versuchen, unserer Partei dafür die Verantwortung aufzubürden. Im rechtssozialistischen Capua Sachsens, in Dresden, wäre man freilich trotz allem dazu bereit gewesen. Die vom Geiste Gradnauers inspirierte „Dresdener Volkszeitung“ hat mit ungestümer Gewalt in den Staff der bürgerlich-rechtssozialistischen Regierungscoalition zurückgedrängt, auch für den Fall, daß diese Koalition durch die Teilnahme der Stinnesleute verbößert werden sollte. Sie vertrat, ohne zu erröten, eine rechtssozialistisch-demokratisch-volksparteiliche Regierungscoalition für den Fall, daß die Unabhängigen an ihrer Regierung, Demokraten in die Regierung zuzulassen, festhielten.

Den Dresdenern ist jedoch sehr heftig von den Chemnikern in die Parade gefahren worden. Die wirtschaftliche Konstellation im Chemnitz-Erzgebirger Gebiet würde ein weiteres Nach-rechts-taumeln der Gradnauerschen Partei unweigerlich zur Katastrophe dieser Partei führen. Das heißt vor allem die „Chemniker Volksstimme“, die im Kriege ein erfolgreiches Bettrennen mit den nationalsozialistischen Blättern führte, seit dem Revolutionsausbruch und dem Konjunkturausschwung jedoch den Kurs gewendet hat. Dieses bedeutendste rechtssozialistische Blatt Sachsens droht offen mit Rebellion für den Fall, daß an eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei gedacht werde. Allerdings lehnt sie auch die Kombination: Rechtssozialisten-Unabhängige-Demokraten nicht ab. Aber sie läßt doch erkennen, daß sie auch mit dem Wagnis einer reinsozialistischen Regierung ohne Demokraten einverstanden wäre.

Auf diesen zähen Widerspruch aus Chemnitz hin haben nun die Dresdener Rechtssozialisten Bedenken bekommen und sie geben kleinlaut bei. Ihr Blatt gibt die Idee, mit den Stinnesleuten ein Geschäft zu machen und die „Regierung der Mitte“ zu etablieren, blutenden Herzens auf. In bitteren Gefühlen knurrt sie:

„Daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nur so will wie ihre Führer wollen, hat man schon öfter erlebt. Die sozialdemokratische Partei vermag es leider nicht über sich zu gewinnen, endgültig mit der negativen Tradition der Vorkriegszeit zu brechen und entschlossen in ein positives Fahrwasser überzusteuern.“

Damit wäre die Idee einer reaktionären Regierung der Mitte abgetan.

Das Verlangen der Rechtssozialisten, die Demokraten in die Regierung aufzunehmen, in die auch die Unabhängigen eintreten sollen, besteht aber fort. Es läßt jedoch auf Widerstand von links und rechts. Die Demokraten erklären, daß sie mit uns nicht regieren wollen; unsere Partei hingegen wird jedes Zusammenarbeiten mit Demokraten in der Regierung bestimmt ablehnen. Die Rechtssozialisten haben also die Wahl, entweder die U. S. P. abzustoßen, um die Demokraten zu behalten. Damit aber käme eine Regierung zustande, die überhaupt keinen Boden unter den Füßen hätte. Oder aber, sie ertönen ihre Liebe zu den Demokraten. Dann kommt eine reinsozialistische Regierung zustande, die angesichts der Drehkrankheit der Kommunisten zwar auch recht schwach fundiert ist. Aber diese Regierung könnte wenigstens den Versuch zum Schreiten machen. Stärkste, so könnte das nur durch das Zusammenwirken der sächsischen Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien geschehen. Die darauf folgende Landtagsneuwahl würde den Kommunisten wenig Freude machen und die Rechtssozialisten würden diese Wahl unter diesen Umständen besser bestehen, als wenn sie sich als Teil einer aufgeblöhen reaktionären Mittelregierung den Wählern stellen müßten.

Am Montag trat die rechtssozialistische Fraktion des Landtags im Volkstammerhaus zu einer Beratung über die Regierungsbildung zusammen. Sie wird jedoch noch nicht die endgültige Entscheidung treffen. Diese wird vielmehr von einer Ende dieser Woche einzuberufenden außerordentlichen Landeskonferenz gefaßt werden. Es ist noch völlig unsicher, in welcher Richtung die Dinge laufen werden.

Unter diesen Umständen kann die sächsische U. S. P. die Gestaltung der Dinge mit ruhiger Gelassenheit abwarten.

# Die Gegenrevolution des Kapitals

## Auch die Bremer Großindustrie finanziert die Gegenrevolution

In der Bremer Bürgerschaft wurde am vergangenen Freitag über einen Antrag der U. S. P. verhandelt, der die Auflösung der Bremer Stadtwehr zum Gegenstand hatte. Nach ausgedehnter Debatte, in der die Rechte die Stadtwehr unbedingt erhalten wissen wollte, wurde der Antrag mit 57 sozialistischen gegen 49 bürgerliche Stimmen angenommen. In der Debatte konnte von sozialistischer Seite das gegenrevolutionäre Treiben der Bourgeoisie aufgedeckt werden, das aus folgendem Geheimprotokoll nur allzu deutlich hervorgeht:

In der zweiten Woche des November wurde eine Sitzung des Bremer Industriekongresses durch den Generaldirektor Struve der Nationalbank einberufen. Nach freier Vertraulichkeit wurde beschlossen, die zukünftigen Sitzungen bei Bekanntwerden als für die Kinderfürsorge zu bezeichnen. Major Duckwitz und Oberst Caspari hielten längere Vorträge über die Notwendigkeit, alle nationalen bremischen Elemente zu bewaffnen. Die durch das Entwaffnungsgesetz abgelieferten Gewehre müssen sofort ersetzt werden. Vorläufig sind auf Rechnung der Nationalbank 1000 Jagdgewehre zu 1200 Mark bei der Firma Sauer in Suhl, Thüringen, bestellt worden. Weitere 3000 Gewehre müssen innerhalb vier Wochen in Auftrag gegeben werden. Die Kosten soll die wohlhabende Bevölkerung Bremens möglichst aufbringen. Wenn diese Waffen verteilt werden, findet eine Karte Siebung der Sipo und der Stadtwehr statt.

Nach Entgegennahme dieses militärischen Berichtes betonten verschiedene Direktoren der Bremer Großindustrie, Namakli vom Bremer Vulkan, Begeßad, J e e h m a n n von der A. G. Weser, K o l t e n i u s von den Wollwerken die Dringlichkeit der Selbstbewaffnung, um der „fertigen roten Armee“ gegenüber gerüstet zu sein. Alle anwesenden Vertreter der Großindustrie zeigten auf Aufforderung je 200 000 Mark (!) mit der weiteren Verpflichtung, innerhalb zweier Monate bis 8 Millionen M. (!) anzuhängen. Das Ergebnis der Zeichnung und die Beratung weiterer Maßnahmen wird in der letzten Woche des Monats November 1920 in einer neuen Sitzung in der Nationalbank festgestellt.

In Bayern, in Hamburg, in Bremen und sicherlich auch in den anderen Gegenden Deutschlands wird die Gegenrevolution mit dem Gelde der Großindustriellen ausgerüstet. Der Entwaffnungskommissar sieht diesem Treiben seelenruhig zu. Die Staatsanwaltschaft schreit nicht gegen die bewaffneten Haufen ein, die sich allenthalben bilden. Da wird es für die Arbeiterschaft höchste Zeit, zur Selbsthilfe zu schreiten. Die Gewerkschaften müssen mobilisiert werden, um das Märzabkommen durchzuführen. Sonst liefern sie die Arbeiterschaft freiwillig mit Kopf und Kragen der Gegenrevolution aus.

## Bayrische Spizelei

Mit welcher Frechheit die bayrische Reaktion ihre Ziele verfolgt, erhellt folgende Tatsache. Die Polizeidirektion München erdreistet sich, preußische Gemeinden um Auskünfte über einzelne ihrer Bewohner zu ersuchen, obwohl die betreffenden alle in München waren. So ist kürzlich eine derartige mit „Vertraulich, ohne Einvernehmen“ versehene Anfrage an den Gemeindevorstand eines Groß-Berliner Vorortes erfolgt, in der Auskünfte über den Reichstagsabgeordneten Genossen Hermann J a e d e l verlangt werden.

Die Anfrage erfolgt zum Zwecke der „Führung von Akten“. Sie steht nicht vereinzelt da, derartige Anfragen ergehen von Bayern aus an das ganze Reich. Denn Bayern ist der Sitz der Konterrevolution. Die Münchener Polizei steht in diesem Dienst und sammelt als amtliche Behörde die Akten über Arbeiterführer, um sie den geheimen Verschwörern zuzuführen, die sie dann für die Mörderliste verwenden.

Der in Berlin ausgegebene amtliche Mitteilung über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenzen, die Ministerpräsident

von Kahr bei seinem Berliner Aufenthalt hatte, fügt die „Bayrische Staatszeitung“ einige beachtenswerte Bemerkungen an. Das bayrische Regierungsorgan erklärt, Veranlassung zu der Annahme zu haben, daß die bisher noch unbeantwortet gebliebene Einwohnerwehrrate des Generals K o l l e t nunmehr beantwortet wird und daß dabei die bayrische Auffassung berücksichtigt bleiben werde. Einstweilen lasse sich als Ergebnis der Berliner Konferenzen jedenfalls feststellen, daß die Frage der Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren nicht mehr akut sei. Die Dringlichkeit hat also einen glatten Sieg errufen. Sie kann weiterhelfen bis zum Sturze der Republik.

## Der Schieberprinz

### Kein Engel ist so rein

Die Reichspresse veröffentlicht eine spaltenlange „Berichtigung“, die darlegen soll, daß die Behauptungen, der ehemalige Kronprinz und seine Frau hätten mit Hilfe der Bankfirma Gruber Kapitalverschleppungen zwecks Steuerhinterziehung unternommen, unmaßgeblich seien. Die Berichtigung wird durch einen „autorisierten Vertreter“ des Kronprinzen gegeben. Sie beginnt energisch mit den Worten „es ist unklar“. Es ist unklar, daß die Kronprinzessin mit Herrn Gruber im Hotel „Esplanade“ konfiziert hat. Dagegen ist Gruber im Zeugnis Hof gewesen, wobei aber „geschäftliche Dinge irgendwelcher Art nicht berührt worden sind“. Natürlich nicht! Und so geht es weiter: Es ist völlig aus der Luft gegriffen, es ist unklar, es ist eine falsche Behauptung. Alles ist eitel Lüge und Verleumdung und darum erklärt beispieelsweise die „Deutsche Tageszeitung“:

„Durch diese Darlegungen erweist sich die Flut von Schmähungen, die sich gegen das kronprinzliche Haus richtet, als eine bodenlose Verleumdung. Wir werden auf die von sozialdemokratischer Seite injizierte Hege noch zurückkommen.“

Dieses Urteil ist, gelinde gesagt, etwas vorläufig gebildet. Die Berichtigung selbst enthält nämlich doch einige Angaben, die ein bißchen verdächtig klingen. Es wird zunächst zugegeben, daß Gruber bei dem Kronprinzen in Wieringen war. Da der Hohenzollernproph ohne Mittel war, habe er sich von dem Bankier 5000 Gulden zur Deckung der notwendigen Bedürfnisse vorstrecken lassen. Seit dieser Vorkaufaktion bestand bei Gruber ein auf dem Namen des Generalbevollmächtigten des Kronprinzen lautendes Konto. Auf dieses Konto wurden auch weitere Beiträge eingezahlt. Alles das und noch einige Finanzaktionen, von denen in der Berichtigung die Rede ist, geschah „in völlig geschäftsmäßiger Weise mit ausdrücklicher Genehmigung der nach der Devisenordnung vom 8. Februar 1917 zuständigen Reichsbank“. Wer magi daran zu zweifeln!

Aber auch für Frau Cecilie besteht bei der Firma Gruber ein Konto, auf dem seit persönlichen deutsche Wertpapiere und ein Barguthaben von insgesamt 375 000 M. liegen. Die Beiträge kommen aus dem Verkauf einiger Edelsteine. Diese Schenkung von Geldmitteln ist gegeben, um „für den Fall äußerster Not eine Sicherheit zu gewahren“, woraus zu sehen ist, was man dort für „äußerste Not“ hält. Die Kronprinzessin habe sich um die Einzelheiten natürlich nicht gekümmert, aber sie ging selbstverständlich davon aus, daß die ganze Transaktion unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften durchgeführt werden würde. Also der Beweis ist erbracht: „Eine Kapitalflucht oder Steuerhinterziehung ist niemals in Frage gekommen“. Kein Engel ist so rein wie dieses Kind und der Reichsvater seines Portemonnaies, Herr Gruber.

Was sagt dazu Herr Wirth? In der Reichstagsitzung vom 22. November führte der Reichsfinanzminister aus:

Das Finanzministerium erhielt vor einigen Tagen die Anfrage, daß sich bei der genannten Firma in Amsterdam Millionenwerte deutscher Reichsgeldbrüger an Barguthaben und Effekten befänden, die unter Zuhilfenahme gegen die deutschen Steuerbehörden durch die hiesige Zweigstelle der Firma dort hin gebracht worden seien. Daraufhin hat das Finanzministerium sogleich die Staatsanwaltschaft ersucht, wegen Verdachtes der Kapitalflucht alles Erforderliche zu veranlassen. Sämtliche Geschäftsbücher der hiesigen Bankstelle und die Guthaben dieser Firma bei inländischen Banken sind beschlagnahmt. Ueber die Personen, die mit der Bank in Verbindung gestanden haben, können nähere Angaben noch nicht gemacht werden. Unter den Kontoinhabern befanden sich auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern.

Nachdem wir an diese sorgfältige Untersuchungen getraute Aussagen des für die Finanzen des Reiches verantwortlichen Mannes erinnern, erübrigt es sich, auf den plumpen Berichtigungsschwindel ausführlicher einzugehen. Immerhin glaub-

ten wir, der Gerechtigkeit dienen zu müssen, indem wir dem „autorisierten Vertreter“ des Schieberprinzen und seiner Frau das Wort gaben, namentlich, um die sehr interessanten Jugendskandnisse, die die Berichtigung selbst enthält, nicht im Dunkel der Reichspresse verschwinden zu lassen.

## Ein Notenwechsel

### Die planmäßige Zerstörung von Luftschiffen

In einer Note vom 16. November hat die Interalliierte Luftfahrt-Kontrollkommission einen Beschluß der Botschafterkonferenz vom 8. November mitgeteilt, wonach die Deutsche Regierung für die in den Monaten Juni und Juli 1919 erfolgte Zerstörung von sieben deutschen Marine-Luftschiffen verantwortlich gemacht wird. Der Beschluß bestimmt, daß die Interalliierte Luftfahrt-Kontrollkommission als Ersatz für zwei der zerstörten Luftschiffe die beiden zivilen Luftschiffe „Bodensee“ und „Nordstern“ zu konfiszieren hat; der Wert der übrigen fünf Luftschiffe soll in Geld oder durch Neubauten ersetzt werden.

Die deutsche Regierung hat auf dieses Ersuchen der Botschafterkonferenz in Paris eine Antwortnote unterbreiten lassen, in der sie bestritt, für die zerstörten Luftschiffe ersatzpflichtig zu sein. Sie bittet, die Angelegenheit erneut zu prüfen, und, sollten die Alliierten auf ihren Standpunkt beharren, einem Schiedsgericht die Entscheidung zu übertragen.

Die Luftschiffe sind im Juli 1919, kurz nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags, durch nationalistische Offiziere auf eigener Faust zerstört worden. Die rechtsstehende Presse spornete zu diesem Verbrechen an und sollte ihm, ebenso wie der Zerstörung der Flotte bei Scapa Flow, lebhaften Beifall. Jetzt wird die deutsche Steuerzahler, und das ist in erster Linie der Arbeiter, die Kosten für diesen Verbrechen tragen müssen. Denn es ist kaum anzunehmen, daß die Alliierten nachgeben werden. Die Schuldigen müßten ganz einfach mit ihrem Vermögen für die vollen Schaden auskommen.

## Internationaler Eisenbahnerkongress

Amsterdam, 20. November.

„Telegraaf“ meldet aus London, daß dort in der Memorialhall gestern die Eröffnung der vom internationalen Eisenbahnerarbeiterverband veranstalteten internationalen Eisenbahnerkongress stattfand. Vertreten waren 1357 000 Eisenbahner aus Deutschland, Holland, Schweden, Dänemark, Frankreich, England, Österreich, Ungarn und Belgien. Der Führer der englischen Eisenbahner, Thomas, erklärte in einer Rede, daß der Krieg habe das Ergebnis gezeigt, daß die Arbeiterklasse aller Länder sich nicht mehr ausbeuten lassen wolle. Jetzt, wo der Krieg vorbei sei, fühlen die Arbeiter, daß zuerst die geschlagenen Völker geheilt und die Arbeiter miteinander verbunden werden müssen. Sollten sie einander über Begriffe dann würden die Ereignisse der letzten Jahre vielleicht vermieden worden sein. Das Ende des Kampfes sei jedoch noch nicht erreicht. Thomas erklärte, er glaube, in England sei in den kommenden Monaten ein großer Kampf zu erwarten und man um etwas ganz anderes als um gewöhnliche Forderungen der Arbeiter. Er sagte, die englischen Arbeiter seien der Ansicht, daß sie nicht länger mehr Lastträger zu sein brauchen, sondern zugleich auch zu einer zweckmäßigeren Verwaltung der Bahn beitragen könnten und für diese Teilnahme in der Verwaltung werde der kommende Kampf eingeleitet werden. Der Eisenbahnerkongress nahm eine Entschließung an, in der die allgemeine Einführung des Achtstundentages für das Eisenbahnerpersonal begrüßt wird und die Genossen aller Länder, denen man diesen Grundlag umsetzen will, aufgefordert werden ihre wirtschaftliche Macht dagegen anzusetzen.

Wangelsche Truppen an der Adria. Nach dem „Corriere della Sera“ hat die Nachricht, daß die französischen Kriegsschiffe Wangels erhalten haben, die Truppen Wangels nach Cattaro bringen, großes Aufsehen erregt. Sie fand ihren Widerstand in der Kammer, in der ein diesbezüglicher Ausfall eines Abgeordneten gegen die verantwortungsvollen Regierungsgeschäften stimmigen Beifall fand. Die italienische Diplomatie ist sofort in Aktion getreten, um die Ansetzung dieser selbst in russischen Kolonien an der Adria zu verhindern.

## Vom Spielzeug und vom Schulbuch

Es magie hier vor wenigen Tagen ein Genosse sehr mit Recht über die künstlerische Stumpfheit mancher Proletarier — und leider sind es sehr viele! — die z. B. den nationalsozialistischen Märgeln der Stettiner Sänger Beifall klatschen, wenn sie sich nur eben „amüsieren“. Der Genosse hat ein sehr schmerzliches, aber auch sehr wichtiges Thema berührt. Ja, es ist oft niederschmetternd zu sehen, wie unentschlossen, wie matt, wie unlesend große Teile des Proletariats zur Kunst stehen.

Aber wir wollen nicht klagen und anklagen. Es ist wichtiger, die Ursachen zu erforschen und die Ursachen dann nach Kräften zu beseitigen.

Auf einige Ursachen möchte ich hinweisen.

Wie kommt es, daß jedes ursprüngliche und schöpferisch freie künstlerische Kunstwerk „erklärt“ werden muß und nach der „Erklärung“ im besten Falle schweigend zur Kenntnis genommen wird, daß aber jeder banale Schmarren tosenden Beifall medt? Seit einigen Monaten geht mein Kind zur Schule. Ich höre, wenn es in der Bibel liest. Da wird mir ganz deutlich, wo eine der bestimmendsten Ursachen für die Verflüchtigung jedes Kunstgefühls im Volke liegt. Es ist einfach jämmerlich, es ist schandhaft, was für ein Deusch die Kinder lernen. Es bleibt mir, um dem Unheil zu steuern, nichts anderes übrig, als jeden Satz, jeden Vers dem Kinde lächerlich zu machen. Sie schreiben Sätze, die sachlich falsch sind — „aber das ist ja gar nicht wahr“ ruft das Kind empört — und deren sprachlicher Ausdruck so schief und krumm und matt ist, wie das Deusch in amtlichen Bekanntmachungen. Sie lernen Gedächtnis auswendig — der Teufel soll diese Gedächtnis holen! Jedes Wort ist fälschlich, kläglich, unwahr, ganz aus demselben trüben Geist wie die Scherl-, Rost- und Allseineromane. Wie kann man sich entsetzen, daß die Erwachsenen solchen Schund lesen, solchen Blödsinn lieben, jede alberne Reimerei bezaubern und jede Verlogenheit artig als Kunst hinnehmen, wenn sie im empfindlichsten Alter statt des Reinsten und Klarsten das Albernste und Falscheste gelernt haben?! Von den Zeichnungen der Bibel gilt übrigens fast ausnahmslos das Gleiche.

Die Elternräte sollten sich einmal dieser Unterrichtsmitte annehmen und Sorge tragen, daß sie durch die Besten unserer Künstler reiflos enttäuscht werden. Das ist eine künstlerische Aufgabe. Hier liegt ein Ziel für die proletarischen Elternräte von ungeheurer Bedeutung.

Und alle proletarischen Eltern sollten sich auch mit größtem Verantwortungsgefühl um das Spielzeug ihrer Kinder kümmern. Für die zunehmende Verflüchtigung auch dieses Gebietes ein Beispiel unter vielen.

Dieselbe Firma, die vor langen Jahren den Anter-Steinbaukasten herausgebracht hat, der noch immer, wenn die Kinder nicht nach den langweiligen, aber immerhin harmlosen Vorlagen, sondern frei bauen, ein ausgezeichnetes Spielzeug ist, bringt

leicht als „Verbesserung“ einen „Künstler-Modell-Bau-Kasten“, vor dem dringend zu warnen ich für meine Pflicht halte. Er schaltet die Phantasie aus zugunsten eines mechanischen Zusammenstellens. Mit den Grundformen des alten Steinbaukastens konnte man alles bauen. Manche Leser werden auf der letzten Ausstellung des Arbeiterrats für Kunst mit Erstaunen den von Gösch mit solchem Material angeführten schönen Bau gesehen haben. Der neue Künstler-Modell-Bau-Kasten gestattet nur, die entsetzlichen Regierungsbauwerke — Atrien gegen die Architektur — ihre Schulen, Rathhäuser, Kirchen, Kasernen und Türme — mit allen ihren ungeschicklichen, langweiligen und dummen Märgeln nachzubilden. Fertige Turmhelme, Dachreiter, Kirchenfenster und Balkengitter gibt es dann in jeder der heute üblichen Uniformen, und in den Vorlagen sind die Bauten „künstlerisch-perspektivisch“ wiedergegeben.

Es fehlt tatsächlich noch, daß die Sünden gegen die Baukunst, die die Herren Architekten begehen, in solcher Miniatur-Ausgabe den Formentrieb unserer Kinder verderben. Denn eines kann man mit diesem herzküchigen Modellkasten bestimmt nicht: nämlich bauen! Jeder rote Kieselstein, jeder Sandberg ist ein besseres Baumaterial als dieser „Künstlerkasten“.

## Juryfreie Kunstschau

Jene Ausstellungen, bei denen das eingekaufte Material von einer aus Künstlern gebildeten Kommission gelehrt wird, scheinen mir unhaltbar zu sein. Die Erfahrung lehrt, daß die Auswahl schablonenmäßig wird. Die Schablone: Sezession, die Schablone: Novembergruppe usw. macht, daß in jedem Jahr in diesen Ausstellungen die alten Bilder an den Wänden hängen. Dieser Einzelgänger und Enge gegenüber gibt es nur zwei Möglichkeiten: die Juryfreie Kunstschau und die Auswahl-Ausstellung, für die eine einzelne Person die alleinige volle Verantwortung bei voller Freiheit der Aufforderung und Ablehnung übernimmt. Am besten wäre es, beide Arten mit einander zu kombinieren. Daß aber jedes Jahr mindestens eine völlig juryfreie Ausstellung stattfindet, ist unbedingt notwendig.

Gegen die Juryfreie bestehen viele Voreingenommenheiten. Wenn dort jeder Dilettant gegen eine beschreibende Plakette seinen Schand ausstellen kann — wo bleibt dann die Kunst? Zunächst ist meiner Ansicht nach Ausstellungen keine öffentlichen Angelegenheiten. Ihr Sinn kann nur der sein, dem Betrachter ein möglichst ungetrübt und ein möglichst reiches Bild von der allgemeinen Produktion zu vermitteln. Was die Vorstandsbezirke der Sezession und der anderen Künstlergruppen für Kunst halten, das wissen wir nachgerade. Ihre Schablonen sind schon „bewährt“. Wir wollen aber wissen, was außerhalb der Schablonen geschieht, und wenn darüber der öffentliche Eindruck zum Teil geht, so ist uns das völlig nebensächlich.

Kunst ist heute eine abgestempelte Sache. Ganz gleich, ob sie rechts oder links orientiert ist — es steht in allen Bildern ein gemeinsames Element, das viel fälschlich als die Stillunterchiede „Im“ und „Es“ — etwas peinlich Reiterhäutes, Verabredetes, Befriedigtes, Gefonntes... Steriles! Ein allgemeiner

Deffarbendunst — und dahinter eine Konvention. Man bekommt angesichts dieser Bilder eine unheimliche Sehnsucht nach irgend einer Kennerung, die unmittelbar und rein und sich selbst wach nach einem Ausdruck, der unter allen gekommenen Phrasen — wenn auch unbeholfen und klotternd — menschlich wäre. Man bekommt eine Erbitterung gegen dieses „Können“ anzusehen und ein Verlangen nach Solchem, die wenigstens dieses Können nicht haben. Man hofft auf die Dilettanten!

Und diese Hoffnung täuscht nicht. Freilich, neunzig Prozent der Dilettanten in der Ausstellung am Lehrter Bahnhof (Landschaftsausstellungsgebäude) sind gar keine Dilettanten, sondern „Künstler“, das heißt: neunzig Prozent der Dilettanten haben keine anderen Wunsch, als auch so schöne Bilder zu malen, wie die Sezessionisten oder die November-Expositionisten. Sie sind Schatten einer schattenhaften Kunst, mittelbare und abgeleitete Maler und Bildhauer, um so unerfreulicher, je größeres Versehen sie für die Kunst haben und je geliebter sie sind. Die Kunst weidet die Natur noch die Farben ihrer Palette — sie leben Schablonen, und wenn es die Schablone „Novembergruppe“ ist, dann ist es kaum noch zu ertragen.

Aber es gibt auch einige wenige andere, und ihre paar Bilder und zwei bis drei Plakate sind das Beste dieser Ausstellung, weil die einzigen Arbeiten, die keine Schablone tragen. In diesen paar Bildern — sie hängen unter schlimmen Dilettanten — der fasslichen Art in den letzten, losungigen gemietlichen und kläglichsten Sälen — ist wenigstens die große Jugend der Sachlichkeit der Treue und Hingabe, und einige dieser Bilder muß man heute hier fehlen endlich der Deffarbendunst der Routine und die Unschicklichkeit des Betriebes. Einfall der Empfindung und die Ausstellung läßt uns wenigstens atmen. Die Akademie, die so weiter reicht, als man denkt — sie ist erst hier wirklich zu sehen. Der Versuch „Wandbilder“ an die Wandhänge zu heften, scheint mir der relativ gelungenste, neben ihm der etwas reizvolle Spektakel von Karl Böker.

Einige ganz wenige Namen seien genannt: E. von Kampe, K. Fischer, W. Davidsohn, K. Fuschbaum und O. Vogel. Für Friedrich Feigl's schönes Frauenbild in der „Jerdens“ Abteilung finde ich kein höheres Lob, als daß es seiner Einfachheit und Unmittelbarkeit beinahe von einem Nicht-Können sein könnte. Adolf Behne.

Die Arbeiter-Kunstausstellung, Petersburger Str. 29, ist eine neue Ausstellung vor: „Nie wieder Krieg“, die am 5. Dezember eröffnet wird. Werke von namhaften Künstlern werden ausgestellt, u. a. von Willibald Kraus, George Grosz, Heinrich Vogler, Borsowwe, Käthe Kollwitz u. a. Michael Biro, der seit langem aus Ungarn geflüchtete Maler, zeigt den Schrecken der Hungers in 20 Original-Autographen. Ferner wird E. Friedrich jeden Abend 1/7 Uhr antimilitaristische Vorträge und Vorträge halten. Künstler und Arbeiter, die im Bereich von antimilitaristischen Gemälden und Plakaten sind, werden ersucht, diese für die Dauer der Ausstellung zu leihen. Auch Vorträge und sonstige Bilder, die den Schrecken oder die Folgen des Krieges und des Nordens zeigen, werden als Leihgabe gegen Entgelt vom Bureau der Arbeiter-Kunst-Ausstellung, Petersburger Straße 29, 1 Treppe, Telefon Alexander (2872)

# Wir wollen keine Parität

## Die Gegner der sozialistischen Forderungen

Während die Arbeiter sich noch heftig darüber streiten, mit welchen Mitteln die kapitalistische Wirtschaftsweise zu einer sozialistischen umgestaltet werden könne, sind die Vertreter der kapitalistischen Parteien eifrig dabei, die Grundlagen des jetzigen Systems aufs neue und dauerhafter als bisher zu befestigen. Und es ist bemerkenswert, daß trotz aller parteimäßigen Unterschiede alle darin einig sind, daß der Sozialismus abgelehnt, daß die Profitwirtschaft, wenn auch in veränderter Form, erhalten bleiben müsse.

Am Anfang der Tagung ihres Parteiausschusses hatte die Demokratische Partei in Hannover eine öffentliche Versammlung, in der der Parteivorsitzende, Senator Dr. Petersen, eine Rede über den Wiederaufbau hielt. Die Demokratie, so meinte er, sei die einzige Basis, auf der wir wieder aufbauen können. Wir seien viel zu schwach, als daß wir wieder eine Monarchie, die die beiden Hauptpartei des Reiches vertreten könnten. Die Agitation gegen alles, was Militär heiße, sei nicht zu billigen, und es sei bedauerlich, daß die Rechtssozialisten sich daran so hart beteiligten. Es müsse eine soziale Politik getrieben werden, die sich auf Gerechtigkeit und Menschenliebe aufbaue. Mehr und mehr beginne sich auch in den Unternehmertreuen das Verständnis für die Rechte des Arbeiters bemerkbar zu machen. Zu begrüßen sei es, daß die Unternehmer solche Kreise ausschließen, die nicht dem Produktionsprozess dienen wollen. An sozialem Wollen und sozialer Pflichterfüllung liegen sich die Demokraten von keinem Kommunisten unterscheiden. Sie lehnten den marxistischen Sozialismus in jeder Form ab und erklärten, daß das, was etwa mit diesem Schlagwort in Deutschland geheißt, Schwindel sei. Die Sozialdemokraten sollten dem Volke sagen, was sie sich unter Sozialisierung denken. Der formalistische Adjektivgebrauch sei sinnlos.

Am demselben Tage hielt der Reichspolitiker Giesberts, der Arbeitervertreter des Zentrums, in Köln eine Rede, in der er als wesentliche Aufgabe bezeichnete, die Sozialpolitik mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang zu bringen. Im Volke müsse sich mehr Ordnung und Disziplin anzubahnen. Ueber alle Parteien und konfessionelle Gegensätze hinweg müsse die deutsch-wirtschaftliche Gefinnung gepflegt werden. Das deutsche Volk werde nur durch Arbeit aus dem Druß herauskommen, dabei brauche nicht an dem Achtstundentag getüftelt zu werden. Zur Sozialisierungsfrage meinte Giesberts: „Vollt euch nicht durch Schlagworte zu Dammschneisen verleiten; der Gemeinwirtschaftsgebäude darf nur so gebaut sein, daß jeder Holz und das Ringen um persönliche Vorteile ausgeschlossen werden.“ Die Gewerkschaften müßten sich neu einstellen und die Streiks auf ein Mindestmaß reduzieren. Giesberts schloß mit den Worten: „Die christliche Arbeiterschaft verlangt, daß die bürgerlichen Parteien geschlossene einheitliche Politik machen.“ Das in Bildung begriffene politische-parlamentarische Komitee werde in diesem Sinne innerhalb der Parteien wirken.

Schließlich hat sich auch der Gewerkschaftsring, der Bund der auf dem Boden der Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern stehenden liberalen Organisationen, am Dienstag von Georg Bernhardt einen Vortrag über „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftskrise“ halten lassen. Bernhardt führte aus, daß wir eine neue Revolution erleben würden, gegen die die vom 9. November nicht ein Kinderpiel sei, wenn der Organismus unserer Wirtschaft nicht wieder in Ordnung komme. Die sozialistischen Parteien hätten im vorliegenden Moment verlagert, sie hätten nichts für einen Wiederaufbau der Wirtschaft getan und jeden kapitalistischen Anflug zurückgehen lassen. Die schlimmsten alten Menschenermäner hätten nicht gewissenloser handeln können, als die sozialdemokratischen Minister. Uns könne nur eine planmäßige Wirtschaft retten. Die Parteien müßten zu Gewerkschaften zusammengeschlossen werden, deren innerliche Ausgestaltung ihnen selbst überlassen bliebe. Jede Vertikung solle paritätisch zusammengestellt sein bei voller Gleichberechtigung der Arbeiter, die die Empfindung gewinnen müßten, daß sie für die Allgemeinheit wirkten. Die Produktionsmittel dürften nicht mehr wie bisher in unbeschränktem Umfang dem Privateigentum der Unternehmer bleiben. Der Begriff des Privateigentums auch an den Produktionsmitteln müsse erhalten bleiben, aber er sei nur als Arbeitsleben zu denken, das den Unternehmern von der Allgemeinheit zur Verwendung in deren Interesse gegeben sei und an dem Eigentumsrechte nur solange und insoweit geltend gemacht werden könnten, als die Unternehmungen nach den Vorschriften der Gewerkschaft rational betrieben werden. Diese Gewerkschaft müsse paritätisch mit Unternehmern und Arbeitern besetzt sein, sie solle vor allem verhüten, daß die Bureaucratie sich noch ferner in die Wirtschaft mische. Walter Rathenau stimme diesen Ausführungen im wesentlichen zu. Der einzige Weg aus der wirtschaftlichen Not sei eine richtige Produktionspolitik. Der Produktionsprozess müsse verwirklicht werden und die Arbeitstellung von Werk zu Werk innerhalb der Nation durchgeföhrt werden.

In allen diesen Reden wird also die Vergesellschaftung der Produktionsmittel abgelehnt und die Erhaltung des kapitalistischen Charakters unserer Wirtschaft gefordert. Zwischen Kapital und Arbeit soll eine Parität, eine Arbeitsgemeinschaft, hergestellt werden. Die rauhe Wirklichkeit kennt aber eine Parität zwischen Kapital und Arbeit nicht, gleichviel in welcher Form sie uns mundgerecht gemacht wird. Bei jeder Arbeitsgemeinschaft müssen die Arbeiter den leidenden Teil bilden, die Grundlügen des kapitalistischen Systems, die Lohnneidenschaft des Arbeiters, die Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft bleibt erhalten.

Gegen diese Pläne muß sich das gesamte Proletariat auf entschiedensten wenden. Nicht im Verhandeln mit den Vertretern des Kapitals kann das Ziel, die Umwälzung der Produktionsweise, erreicht, die Sozialisierung durchgeföhrt werden, sondern nur im härtesten Kampfe gegen das Kapital. Wie groß der Erfolg sein wird, den die Arbeiterklasse in diesem Kampfe erzielen wird, das hängt von dem Ausmaße der Kraft ab, die sie hierfür einzusetzen entschlossen ist!

# Militäretat im Hauptauschuß

## Von Seelforgern, Pferden und leeren Kasernen

Bei dem Kapitel Seelforge fragte Abg. Stücken (Soz.), ob die militärischen Seelforger bei der großen Zerstreuung der Garationen praktischen Wert haben. Grundfährliche Bedenken gegen die Seelforger äußerte er nicht. Ein Regierungsvertreter bejahte die Frage nach der Notwendigkeit der Seelforger mit der Begründung: „Gerade die Soldatenkräfte verlangen nach dem Seelforger.“ Die Vertreter der bürgerlichen Parteien traten förmlich für das Weiterbestehen der militärischen Seelforge ein. Abg. Künzler (U.S.): Der Aufrechterhaltung einer besonderen militärischen Seelforge widersprechen wir grundsätzlich. Wer nach einem Seelforger verlangt, mag sich einen suchen. Mit der vielgepriesenen Sparpolitik ist die Aufrechterhaltung der militärischen Seelforge unvereinbar. Außerdem widerspricht eine solche Institution der Reichsverfassung, deren Artikel 141 ausdrücklich bestimmt, daß, soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelforge im Heer besteht, die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zugelassen sind. Die Erfahrungen, die wir im Felde mit diesen sogenannten Seelforgern gemacht haben, rechtfertigt ihre Abschaffung. An der Front, wo der eine oder andere Soldat das Bedürfnis nach einem Seelforger gehabt haben mag, waren sie nicht zu finden. 30 Kilometer hinter der Front saßen die Herren. Abg. von Gallwitz, unterbrechend: Die Seelforger waren vorne! Abg. Künzler: Ja, so weit vorne wie die Stabsoffiziere! 60 bis 80 Kilometer hinter der Front im bombensicheren Unterstand! von

Gallwitz: Das ist nicht wahr! Abg. Künzler: Das ist die Wahrheit!

Der Antrag der U. S. P. auf Streichung aller Etatpositionen über Seelforge wurde gegen unsere Stimmen und die des Abg. Levi abgelehnt.

Zum Kapitel Rechtspflege beantragte unsere Fraktion die Streichung von 20 Heeresanwälten und die Streichung der Ausgaben für die Disziplinarämtern. Abg. Rosenfeld (U. S.): Die Heeresanwälte sind überflüssig. Die Ausgaben für die Disziplinarämtern können noch nicht bemittelt werden, weil das Gesetz über die Disziplinarämtern noch nicht einmal dem Reichstag vorliegt. Abg. Levi (R. P.): Es handelt sich nur um die Bewilligung von Posten für Leute, die nachher nicht wissen werden, was sie zu arbeiten haben. Unser Antrag wurde gegen unsere und die kommunistischen Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der Rechtssozialisten, von den 20 Heeresanwälten 5 zu streichen, wurde angenommen.

Beim Kapitel Pferdehaltung verlangte Abg. Rosenfeld (U. S.) Aufschluß über die Verwendung des Pferdebeschäftigungsgeldes. Dieser Posten darf nicht zum Korruptionssond werden, wie es früher der Fall war. Der Vertreter des Reichswehramtsministeriums vertritt die Notwendigkeit der angeforderten Beträge zu rechtfertigen. Abg. Künzler (U. S.): Wie geschieht der Ankauf der Pferde, für welchen fast 14 Millionen in Anschlag gebracht werden? Wie schützt sich die Militärverwaltung vor Wucher? Ein Regierungsvertreter: Die Anläufe werden durch das Reichswehramt besorgt, welches Händler ausschließt und die Pferde direkt beim Züchter kauft. Die Militärverwaltung kauft keine Pferde.

Beim Sanitätswesen lag ein Antrag aller bürgerlichen Parteien vor, wonach den Offizieren, welche keinen Anspruch auf freie ärztliche Behandlung haben, künftig freie ärztliche Behandlung werden soll. Abg. Rosenfeld (U. S.) fordert gleiche Behandlung von Offizieren und Mann. Das Geld in den Lazaretten ist groß, ganz besonders traurig ist die Lage derjenigen Lazarettinsassen, die im Felde so verstimmt sind, daß sie die Gesellschaft ihrer Mitmenschen scheuen. Die Berichte über diese Angelegenheiten zeigen ein so großes Elend, daß das Reich unbedingt eingreifen muß. Man kann diese Armen nicht der privaten Fürsorge überlassen. Das Reich muß seine Pflicht tun. Ein Regierungsvertreter: Wiederholt haben Vertreter des Arbeitsministeriums Lazarett besichtigt. Die Zeitungsberichte sind übertrieben. So groß ist das Elend in den Lazaretten nicht. (?) Wir haben mit Nachdruck darauf hingewirkt, daß die soziale Fürsorge gut durchgeführt ist, kann bei den Lazarettinsassen keine Not sein. Eine Sammlung für sie ist nicht nötig.

Ein Antrag der bürgerlichen Parteien auf Einrichtung von Reichswehrlazaretten wird gegen unsere und die kommunistischen Stimmen angenommen. Die Rechtssozialisten stimmen für die Einrichtung von Reichswehrlazaretten! Die Abstimmung über die Fürsorge für kriegsbeschädigte Offiziere und Mannschaften wurde ausgeföhrt.

Beim Kapitel Kasernen beantragten unsere Genossen die Freigabe von Kasernen und militärischen Verwaltungsgebäuden zur Uebernahme der Wohnungsnot, und insbesondere des von der Gemeinde Hennigsdorf zum Ausbau von Wohnungen geformierten Geländes des Artilleriedepot Rieder-Neudorf. Abg. Künzler (U. S.): Die U. S. P. hat erklärt, daß sie in Hennigsdorf sofort 2500 bis 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen einstellen könne, wenn bis Ostern 1921 150 Wohnungen verfügbar seien. Die Gemeinde wurde an das Reichswehramtsministerium verwiesen, das wiederum an das Reichswehramtsministerium wies. Dieses hat den 9. November in Bescheid erteilt: „So lange noch eine Granate auf dem Platz liegt, können Gelände und Gebäude für Wohnzwecke nicht hergegeben werden.“ Die Reichsverwaltung muß endlich anfangen, zur Uebernahme dringender Wohnungsbedürfnisse militärische Gebäude freizugeben. Im Wehrkreis 3 und 4, auch in Berlin, ist nicht eine einzige Kaserne freigegeben worden. Was soll mit dem Tempelhofer Feld geschehen? Die Gemeinde Neukölln hat bis heute keinen Bescheid erhalten, ob das Gelände für einen Volkspark freigegeben wird. General von Feldmann: Die militärischen Gebäude unterstehen nicht mehr dem Wehr, sondern dem Finanzministerium. In Berlin ist die Heeresverwaltung nur noch im Besitze des Moabiters Blocks und eines Blocks der Franzosenkaserne. Mit dem Tempelhofer Feld haben wir uns noch nicht beschäftigt. Ein Antrag über Verwertung ist bisher noch nicht an uns gekommen. Ein Teil des Tempelhofer Feldes wird sich hergeben lassen, um den Wünschen der benachbarten Gemeinden zu entsprechen. Wir werden nach Möglichkeit Entgegenkommen zeigen.“ Die Abstimmung unserer Anträge wurde bis nach Beratung des Reichswehramtsministeriums hinausgeschoben.

# Der Prinz-Prozess

## Den Mordbefehl will niemand kennen

In der gestrigen Verhandlung wurde in der Beweisaufnahme fortgesetzt. Kriegsgeschichtswissenschaftler Jählich von der Forschungsabteilung des Reichswehramtsministeriums sagt aus, daß in einer Kassenangelegenheit, die er bearbeitete, eines Tages der Angeklagte Prinz mit seinem Vertreter, Rechtsanwalt Richter, zu ihm gekommen sei. Im Laufe der Unterredung habe Prinz geäußert, Scheidemann und Marx sind meine Freunde, wo ich denen was antun kann, da tue ich es. — Der nächste Zeuge ist das frühere Mitglied des Regiments Reichsgraf, Seidel. Er sagt aus, daß im Januar 1919 im Reichstag allgem. die Rede davon gewesen sei, daß auf die Ermordung von Liebknecht und Franz Duzenburg eine Befehlsung von 100 000 Mann ausgeföhrt sei. Nach seiner Ansicht ging dieser Befehl von der Regierung aus. Einmal Schriftliches hierüber will er jedoch nicht gesehen haben. — Der Kaufmann Gerhard Sadow, der früher bei der Nachrichtenstelle der Kommandantur angestellt war, betundet, daß er von dem damaligen Stadtkommandanten Fischer den Auftrag erhalten habe, den auf der Kommandantur verhafteten Ledebour nach Moabit zu überführen. Da jedoch bekannt geworden war, daß auf Ledebour ein Attentat geplant sei, brachte er ihn abends auf Umwegen ins Untersuchungsgefängnis. Er selbst hastete dafür, das Ledebour lebend ins Gefängnis eingeliefert wurde. Der Zeuge sagt weiter aus, daß ihm von Mordbefehlen nichts bekannt gewesen sei, und daß dafür auch nicht besondere Prämien gezahlt wurden. Auf die Frage nach der Nachrichtenstelle der Kommandantur, sagt der Zeuge, daß dieselbe im Januar organisiert worden sei und eine weitere Frage, ob er gewußt habe, daß Staatsanwalt Weismann durch die Abteilung mit Hauptmann v. Kessel im Eden-Hotel in Verbindung stand, beantwortet der Zeuge mit Nein.

Der Kaufmann Brutus Wollenskuhr, der sich damals bei der Nachrichtenstelle der Kommandantur befand, erklärt: Von einem Mordbefehl ist mir weder mündlich noch schriftlich etwas bekannt geworden. Der Zeuge macht dann längere Angaben über die Rolle Liebknechts in den Dezember- und Januartagen und bestreitet, daß die S. P. D. irgendetwas mit dem Mord zu tun habe. Er bezeichnet weiterhin Tysa als verrückt. Er, sowohl als auch Lichtenstein oder Sadow hätten niemals schriftlich oder mündlich einen Mordbefehl erteilt. Auch der Zeuge Sadow erklärt, daß er einen solchen Befehl nicht gegeben habe. Hierauf erfolgte noch einmal eine Gegenüberstellung des Zeugen Daener und der Brüder Böhld, da Daener bei seinen ersten Aussagen sich in Widerspruch verwickelt hatte. Im Laufe der Vernehmung teilt Justizrat Werthauer dem Gericht mit, daß Heinrich Marx über die Aussagen des Zeugen Daener noch ein zweites Protokoll angefertigt habe, das dem Gericht überreicht wird. Dieses zweite Protokoll, das dem Gericht zum ersten Male bekannt wird, enthält zahlreiche Behauptungen, die in dem ersten Protokoll vollkommen fehlen. Nach anfänglichem Widerspruch abhi der Zeuge zu, daß er den Entwurf zu dem Protokoll erst nach dem zweiten Befehl bei Marx angefertigt habe, da Marx ihn auf verschiedene Punkte aufmerksam gemacht habe.

Nach der Mittagspause wurde der frühere Kommandeur der Nachrichtenstelle der Kommandantur, der jetzige Geschäftsführer Pleschner, vernommen, der in der fraglichen Zeit Kommandantur-

rat war. Er sagt aus, daß ihm Scheidemann auf die Frage nach dem Gehalt über eine von diesem ausgesuchte Belohnung für die Befreiung Liebknechts und Duzenburgs geantwortet habe: „Es ist genau dieselbe Summe, wie alle Gehälter, die im Umkreis sind.“ Später, als beschlossen war, Liebknecht und die Luxemburger in Schutzhaft zu nehmen, und zwar zu ihrer eigenen Sicherheit, wie auch zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, habe man nach dem Feldwebel v. Tysa geahndet, weil dieser im Befehl eines solchen Befehls sein sollte und man vermutete, daß man es hier mit Machinationen einer Spitzelgesellschaft zu tun habe. v. Tysa sei dann nach den Januar-Urlauben in die Kommandantur gekommen und habe erklärt, daß er in der Lage sei, Liebknecht sofort zu verhaften. Der damalige Kommandant Kawunde, habe v. T. an Hauptmann Marx gewiesen, und dieser habe ihn beauftragt gemäß der Beschlässe der Kommandantur Liebknecht festzunehmen und vorzuführen, wenn v. Tysa dazu in der Lage sei. Daraus sei aber nichts geworden. Der vermutliche Urheber des Gerichts vom Mordbefehl sei wahrscheinlich v. Tysa gewesen. Auf Befragen des Rechtsanwalts Kessel erklärt der Zeuge, daß die fragliche Unterredung mit Scheidemann in der Reichsanstalt im Dezember 1918 oder Januar 1919 stattgefunden habe.

Nach weiteren unwesentlichen Auslagen, die sich mit Prüfen Plaamann, Heinrich Marx und dem Angeklagten Prinz beschäftigen, wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

# Eine lehrreiche Wahl

Einen großen Erfolg, der äußerst bezeichnend für die Situation in der Arbeiterbewegung ist, erzielte die U. S. P. bei den Gemeinderatswahlen in Haidenau in Sachsen, die am Sonntag stattfanden. Uns wird darüber berichtet: Von 8722 Wählern machten 4722 von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Es erhielten Stimmen: U. S. P. 2208 (1744), S. P. D. 738 (947), Kommunisten 214 (812), Bürgerverein 674, Hausbesitzerverein 738 (1801). Die eingekommerten Zahlen bedeuten die Ergebnisse bei der Landtagswahl. Die U. S. P. nahm um 459 Stimmen zu. Es nehmen ab: S. P. D. 211, Kommunisten 298, Bürgerliche 382. Es erhalten Sitze: U. S. P. 12, S. P. D. 4, Kommunisten 1, Bürgerliche 7.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist also die einzige Partei, die an Stimmen zugenommen hat, während alle übrigen Parteien beträchtlich, wie besonders die Kommunisten, verloren haben. Gerade nach der Landtagswahl, in die wir ja noch unter den obwaltenden Schwierigkeiten nach der kurz vorhergegangenen Spaltung eintraten mußten, während letztem der organisierte Neuaufbau eingeleitet hat, ist dieses Wahlergebnis bezeichnend. Es zeigt die Richtigkeit der Behauptung, die U. S. P. müsse auf ihren Anspruch, die führende Arbeiterpartei zu sein, verzichten.

Berichtigung. Frau J. Levy-Rathenau sendet uns folgende Berichtigung:

Ich habe die mir fährlich zugesandene Keuzerung von der Zunahme der Säuglingssterblichkeit infolge des Ausstandes nicht getan. Dagegen habe ich, wie ich berichtigend im „L.“ vom 21. November bereits feststellte, gesagt: Wer den jebem veröffentlichten Bericht des Berliner Statistischen Amtes über die Säuglingssterblichkeit in Berlin im Jahre und vorher gelesen hat, weiß, daß es im dringendsten Interesse der Kinder, Frauen und Kranken liegt, alles zu tun, um wilde Streiks und die sich aus ihnen möglicherweise ergebenden Folgen abzuwehren.

Wir haben bereits in unserer Abend-Ausgabe vom Freitag festgestellt, daß die Keuzerung von Frau Levy-Rathenau widerrufen ist. Wir dringen die Berichtigung trotzdem, da sie zeigt, daß die von uns gegen Frau Levy-Rathenau erhobenen Angriffe mit vollem Recht gegen die Presse erhoben worden sind, die ihre diese Keuzerungen zugelassen hat.

# Groß-Berlin

## Glatteis

Die Frühauflöser Berlins waren heute sehr überrascht, als sie eilig aus den Häusern traten und wenig solides Pflaster unter den Füßen fühlten. Spiegelglätte glänzte auf Höfen und auf den Straßen. Gar mancher hüfte beim eiligen Verlassen des Hauses den Drang nach Arbeit mit einer inigen, manchmal wenig harmlosen Berührung mit Mutter Erde. Unzählige konnten dann stehend oder liegend Betrachtungen über die Fürsorglichkeit der Hauswirte anstellen, die sich nicht schnell genug auf Glatteis umstellen konnten und in den meisten Fällen nichts getan hatten, um Unfallsfälle auf dem Bürgersteig durch Streuen von Sand oder Asche zu vermeiden. Am besten war Mutter mit künstlichen Sohlen, daran, am schlimmsten Kriegsbeschädigte mit künstlichen Beinen. Die Kinder hatten jedoch am Glatteis ihre helle Freude.

Gast alle Transportmittel hatten mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch unsere Kutscher, die die „Freiheit“ zu den einzelnen Spedituren schaffen, kamen wegen zum Teil schwerer Stürze der Pferde, nicht alle an ihr Ziel. Dem Glatteis ist es also zu verdanken, daß ein großer Teil unserer Leser heute ohne Morgenzeitung blüht, sie kommt mit der Abendausgabe zur Verteilung. Die benachteiligten Leser bitten wir um Nachsicht.

20. Verwaltungsbezirk. Die erste Bezirksversammlung wurde in der Aula des Realgymnasiums vom Stadtrat Weise als Vertreter des Magistrats mit einer Ansprache begrüßt und die Bezirksverordneten in ihr Amt eingeföhrt. Genosse Weise gedachte in warmen Worten der Verdienste des zurückgetretenen Oberbürgermeisters Wermuth. Nach der Verpflichtung der Bezirksverordneten übernahm den Vorsitz als Vizepräsident Herr Liebing, seiner politischen Ueberzeugung nach Obermeister der Bäckervereinung. Seine schmerzliche kurze Amistätigkeit gab ihm doch so viel Zeit, sich seiner Schmerzen über die verrotteten Reichsendorfer Zustände unter der Herrschaft der Unabhängigen zu entsledigen. Er hofft von der Bezirksversammlung eine Abkehr von den verheerenden Kommunalisierungsversuchen. Nach einem schlichten Versuch des Bürgerblocks, sich als die härteste Fraktion zu etablieren und damit Anspruch auf den Vorsitz in der Versammlung zu erheben, wurde Genosse Lüba-Gegel mit allen sozialistischen Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. Seine Antitendenz und die Art seiner erstmaligen Geschäftsführung lassen keinen Zweifel, daß er seinen Platz gut ausfüllen wird. Dem Postfächer-Stellvertreter stellt die bürgerliche Fraktion in dem Wittenauer Bürgermeister Witte. Der Rechtssozialist Reunzig wird 1. Schriftführer, der Genosse Lund von den Neuloummunisten 2. Schriftführer. Einer sechsgliedrigen Kommission wird alsdann die Aufgabe, der nächsten Bezirksversammlung, die Freitag, den 3. Oktober, an gleicher Stelle stattfindet, Vorschläge über den Sitz, als auch über die Zahl der Mitglieder des Bezirksamts zu unterbreiten. Eine gleich starke Kommission soll die Geschäftsordnung ausarbeiten. Zum Schluß beantragte Genosse Einseln von den Neuloummunisten, beim Magistrat Einspruch gegen die Aufteilung des im 2. Bezirk wohnenden Stadterordneten Busch zur Bezirksversammlung des 20. Bezirks. Trotzdem die Bürgerlichen dagegen protestierten, wurde der Antrag angenommen, nachdem Genosse Einseln die Interessen, die Herr Busch als Direktor von Terrainschaften mit dem 20. Bezirk verknüpfen, näher beleuchtet hatte.

Die Beratungskasse des Jugendfürsorgeamtes steht am Montag, den 8. Dezember d. J., von 8.2. Lindenstraße 81/82, nach Neue Friedrichstraße 70/80, um, und bleiben wegen des Umzuges die Diensträume für den öffentlichen Verkehr vom 3. bis einschließlich 8. Dezember d. J. geschlossen. — Mit der Beratungskasse

des Jugendfürsorgeamtes zugleich steht am Montag, den 6. Dezember d. J., die Abteilung Anstalts- und Familien-Pflege und Hinterbliebenenfürsorge von R. 24, Nordbionplatz 3 nach C. 2, Neue Friedrichstraße 79/80, III, um, und bleiben auch dort wegen des Umzuges die Diensträume für den öffentlichen Verkehr vom 3. bis einschließlich 8. Dezember d. J. geschlossen.

Nach 25 Jahren unter Nordveracht verhaftet. In Spandau wurde gestern der 50 Jahre alte Rutscher Adolf Schulz unter dreifachem Nordveracht verhaftet. Die Beschuldigungen gegen ihn werden von der eigenen Ehefrau erhoben. Sie beklagt ihren Mann der Töterlichkeit eines bereits 25 Jahre zurückliegenden Lustmordes, der damals an einem achtjährigen Mädchen begangen worden ist. Weiter beschuldigt sie ihn, ihre beiden Brüder kurz vor dem Krieg in einem Dorf der Mark Brandenburg beiseite geschafft zu haben. Die Spandauer Kriminalpolizei setzte sofort die Berliner Kriminalbehörde von dem Sachverhalt in Kenntnis, und es sind bereits Nachforschungen nach dem Verbleib der beiden Brüder der Frau angestellt.

Das Museum für Säuglingsfürsorge. Der Artikel über Säuglingsfürsorge in der „Freien Welt“ mit den Bildern aus dem (leider noch immer so genannten) Kaiserin-Angusta-Victoria-Haus, hat die Leserinnen der „Freien Welt“ und der „Freiheit“ so interessiert, daß viele von ihnen das Museum aufgesucht haben. Das Museum kann wohl täglich besucht werden, aber nur gegen vorherige Anmeldung, auch telephonisch Wilhelm 5134, Abteilung Volksbeziehung. Am besten wird es sein, wenn die einzelnen Bildungsausgänge größere Gruppen zur Führung anmelde.

Neuföllner Erwerbslosenfürsorge. In der Neuföllner Erwerbslosenfürsorge kann in den letzten Monaten ein allmählicher Rückgang von Kennanträgen auf Unterstützung beobachtet werden. Die Zahl dieser Anträge ging von 2482 im September auf 2097 im Oktober zurück. Auffälligerweise zeigte die Zahl der Arbeits-suchenden beim Neuföllner Arbeitsnachweis indes keinerlei erhebliche Schwankungen, während das Angebot offener Stellen von Monat zu Monat geringer wurde. An offenen Stellen waren vorhanden im August 2413, im September 2378, im Oktober nur noch 1250. Die Stadt Neufölln zählte an Arbeitslosen-Unterstützung in den Monaten September und Oktober rund 3 000 000 M.

Für die Kinder der Arbeitslosen in Neufölln. Denkt an die Kinder der Arbeitslosen! Das Weihnachtsfest naht und mit ihm die schönste Zeit für die Kinderwelt. Aber auch in diesem Jahre die bitterste Zeit für viele Tausende, denen sich vor Elend das Herz zumachen muß, die auf alles Wünsche verzichten müssen, die keinen Pflanzbaum haben werden. Es gilt, diesen Kindern zu zeigen, daß sie nicht verlassen sind, daß das Proletariat noch an seine Kinder denkt. Am Sonntag, den 5. Dezember, mittags 11 Uhr, findet im großen Saal der „Neuen Welt“ eine Räumung zum Besten der Kinder der arbeitslosen Parteigenossen statt, zu der sich eine Reihe erster Künstler unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Es wirken mit Arbeiterlänger, Ida Harth zur Neben, Dr. Max Burthardt, Reinhard Raur, Hermann Hopf u. a. Kinderreigen. Eintrittskarten zum Preise von M. 2.50 sind in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9, „Freiheit“, Neufölln, Emslerstr. 32, Stahmann, Münchener-Edt Reuterstraße, Eichstedt, Berliner Str. 21, und bei den Funktionären zu haben. Jeder entnehme Karten nach seinen Kräften.

Jugendveranstaltungen in Neufölln. Am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet das städtische Jugendamt, Abteilung Jugendpflege, den zweiten Lichtbildervortrag: „Eine Wanderung durch den Harz“. Vortragender: Herr Jugendpfleger Schuetter. Dazu Rezitationen von Frau Ilse Stein. Karten

zum Preise von 0,50 M. sind im Rathaus, Zimmer 226, und an der Abendkasse erhältlich.

Dem christlichen Kinder meiner im Volksting über Neufölln hinaus liegen geliebten schwarzen Afrikanische mit Büchern und Kleinigkeiten, darunter eine Ausweisfahne der Bildungsschule H. S. G. D., führe ich eine in meinen Kräften stehende Belohnung zu. Fritz R. Schulz, NO. 55, Kottb. 44.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Ziemlich trübe und neblig, bei größtenteils schwachen, südöstlichen Winden, ohne erhebliche Niederschläge. Temperatur in der Nähe des Gefrierpunktes.

### Gewerkschaftliches

Die Branche der Gürtler, Kronenschlosser und Kronenklempner beschäftigte sich in zwei überaus stark besuchten Versammlungen im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße, mit der Frage: „Wie stellt sich unsere Branche zu den Moskauer Bedingungen?“ Bevor in die Tagesordnung eingetreten werden konnte, wurde von den Kollegen Max Giese und Graf (Neucommunisten), eine längere Geschäftsordnungsdebatte heraufbeschworen, in der sie Vorgänge aus der Branchenkommissionenstellung entstellten berichteten, um so durch Stimmungsmache die Versammlung zu beeinflussen. Sie erklärten, es wäre beschlossene worden, ein Korreferat halten zu lassen. Kollege Döhl erwiderte darauf, daß ein solcher Beschluß zwar gefaßt worden sei, aber unter der Bedingung daß ein Kollege der Branche dieses Referat halten sollte. Es seien dann unter anderem als Korreferenten die Kollegen Giese und Graf vorgeschlagen worden. Diese haben aber abgelehnt. Im übrigen handele es sich ja nicht um ein atonisches Referat, sondern er wolle nur als Branchenleiter seine Stellungnahme zu den Moskauer Bedingungen klarlegen, um festzustellen, ob er und noch andere Kommissionsmitglieder die Kollegen noch hinter sich hätten. Sei dies nicht der Fall, so müsse er zurücktreten. Nach dieser Erklärung erhielt Kollege Ost das Wort zu seinem Referat. Er führte aus, daß es unbedingt notwendig sei, daß die Frage Moskau oder Amsterdam gefaßt werden müsse, da letzteres diese Frage aufgeworfen worden ist, es innerhalb der Branchenkommission zu praktischer Arbeit nicht mehr gekommen ist. Dieser Zustand sei unhaltbar. Wenn die Geschlossenheit der Arbeiterschaft am Herzen liege, könne sich diesen Bedingungen nicht unterwerfen. Diese Bedingungen mit Konsequenz durchgeführt, bedeuten die Zerreißen der gewerkschaftlichen Organisationen. Dagegen wende er sich mit aller Entschiedenheit. Er empfahl folgende Resolution zur Annahme:

Infolge der verschiedenen politischen Ansichten der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die gegenwärtig seiner politischen Richtung die geschlossene Mehrheit innerhalb der Verwaltungsstelle Berlin gibt, muß der politischen Auffassung aller Mitglieder, die auf dem Boden der Einheit der gewerkschaftlichen Organisation stehen, bei der Betätigung innerhalb der Organisation Rechnung getragen werden. Voraussetzung für die übereinstimmende Arbeit ist die Anerkennung der Stützpunkt-Verbands-tagsbeschlüsse und die einheitliche geschlossene Front gegen die organisationszerstörenden Bestrebungen der Moskauer Gewerkschafts-Internationalen. Die Geschlossenheit der Organisation bedingt schärfsten Kampf gegen die Tendenz der kommunistischen Zellenbildung sowie Ablehnung jeder von politischer Strömung beeinflussten Fraktionsbildung. Nur die strikte Befolgung dieser Momente kann die gewerkschaftliche Organisation vor der Spaltung und dem Zerfall bewahren. — Nachdem in der Diskussion die Kollegen Giese, Graf, Ost, sowie der Kollege Neuföllner sich für Moskau ausgesprochen hatten, wurde nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Döhl vorstehende Resolution mit

drei Viertel gegen ein Viertel der Stimmen angenommen. Freya wurde auf die bevorstehende Urwahl zum 2. Bevollmächtigten bezeichnet und empfohlen, dem Kollegen Giese die Stimme zu geben. Am Donnerstag, den 2. Dezember, findet die dritte Fortsetzung dieser Versammlung statt, die sich mit Brandenanlegen befaßt werden soll. Ebenfalls im Lokal „Süd-Ost“. Alle Kollegen werden ersucht, zu erscheinen.

Die Geschichte der Angestelltenbewegung. Mittwoch, den 1. Dezember 1920, abends 7 1/2 Uhr, findet im Müller-Bereitschafts-Kafoer-Wilhelm-Str. 31 (Großer Saal), der letzte Vortrag im obigen Saal statt. Paul Lange spricht über „Unternehmer - Angestellte - Arbeiter“.

### Aus den Organisationen

8. Dezember, 247. Gemeindefeier, Rigor Str. 81-82, Mittwoch, 1. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula städtische Elternversammlung. 18. Dezember, Mittwoch, abends 7 Uhr, engere Vorstandssitzung bei Karpel, Zionsstraße 3.

### Vereinskalender

Zentralverband der Angestellten, Hochgruppe 9a (Treibernen): Offentliche Versammlung am 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Kottb. Str. 44-45. — Hochgruppe 15b (Siemens-Konzern): Jungmänner-Versammlung am 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in den Kottb. Str. 44-45. — Hochgruppe 17 Ia (Kolonialwaren, Baiter, Zwickauer): Jungmänner-Versammlung am 1. Dezember, abends 8 Uhr, in den Kottb. Str. 44-45. — Hochgruppe 17 Ib (Butterfleischhandel): Jungmänner-Versammlung am 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Kottb. Str. 44-45.

## Zu Engels 100. Geburtstag

(28. November)

### erschien soeben

# Engels als Denker

Von Max Adler. Preis 8.— Mk.

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

# Schattenbilder am Rhein

## Die genialste Erzählung der Gegenwart

In dieser Erzählung wird bewiesen, welcher Laten im Jahre 1915 ein Mensch, von Ekel und Grauen gepeinigt, fähig sein konnte.

133 Seiten / Lexikon-Format / Aufkopperdruck. Papier mit Buchschmuck / Elegant gebunden 18 Mark.

Zu beziehen durch die

### Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Auch durch alle Filialepeditionen / Versand nach auswärts

## FREIHEIT-DRUCKEREI

G.M.B.H. BREITESTR. 8-9

Herstellung von Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren / Kataloge, Spez. Massenaufgaben, Flugblätter / Prospekt, Kostenvoranschläge u. Entwurfs jeder Art

TELEFON: ZENTRUM 2030, 2645, 4815, 4903

## Weihnachts-Beffertuchen

frisch eingetroffen

### F. P. A. Kaufmann

Berlin, Waidstr. 55-56

## Botenfrauen

für Tour: Maybachufer, Schinke- u. Bürknerstr. stellt sofort ein

### Spedition Schindler

Neukölln, Neckerstr. 3.

Allen Bekannten und Freunden zur Weihnachtszeit ein herzliches Grüßchen

### Hedwig Schneider

geb. König und  
lieber Schwiegerohn

### Franz Schneider

am 23. November  
Eidhofe (Hilfshaus) aus unserer Mitte  
genau 60 Jahre alt

Zur Erinnerung an den  
benedikten in dieser  
Welt

### Franz Köhler

als Vater.

Die Beerdigung  
am Mittwoch, den 1. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, im  
Friedhof der  
Hilfshaus (Hilfshaus)  
Waidhof, aus dem  
2.14 Bahnhofs  
berg-Friedhof.

Spiralbohrer kaufen  
Vergleichungen  
Lüder Str. 33, Rigor

## Kleine Anzeigen

### Verkäufe

**Frachtkäufe, Gebrauchsgegenstände, Schmuck, Porzellan, Glas, Silber, Gold, Kunstgegenstände, Bücher, Karten, Briefe, etc.**

**Waffen, Schießpulver, Patrone, etc.**

**Wasser, Schießpulver, Patrone, etc.**

**Wasser, Schießpulver, Patrone, etc.**

### Wegenerlehnhaus, Potsdamer

Str. 43, Berlin, Mitte, im Zentrum, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs.

**Wegenerlehnhaus, Potsdamer**

Str. 43, Berlin, Mitte, im Zentrum, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs.

### Wegenerlehnhaus, Potsdamer

Str. 43, Berlin, Mitte, im Zentrum, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs.

**Wegenerlehnhaus, Potsdamer**

Str. 43, Berlin, Mitte, im Zentrum, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs.

# FREIE WELT

## DIE KINDERHÖLLE IN BERLIN / DIE VERSCHWUNDENEN WÄHLER VON F. STÖSSINGER

### BILDER AUS ALLER WELT OSTAFRIKA / INDIEN GRÖNLAND / HAWAI TENERIFFA - AFFEN DER LEBERWURST-BAUM

Heute neu! Preis 60 Pfg.

### Schlafzimmer, dunkel geblau, mit edlem Material, geschliffenem Glas, wertvollen Holzstoffmatten, etc.

**Schlafzimmer, dunkel geblau**

mit edlem Material, geschliffenem Glas, wertvollen Holzstoffmatten, etc.

### Spiralbohrer, Schraubenzieher, etc.

**Spiralbohrer, Schraubenzieher**

Schraubenzieher, etc.

# Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung

Breite Straße 8/9 Berlin C 2 Gedöffnet von 4 bis 7